

Besorgter Blick nach vorn



IW-Verbandsfrage. Die deutsche Wirtschaft schaut überwiegend skeptisch auf das neue Jahr: Die Mehrzahl der vom Institut der deutschen Wirtschaft befragten Verbände erwartet, dass ihre Mitgliedsunternehmen weniger produzieren und investieren werden als 2022. Ein Lichtblick ist, dass in relativ vielen Branchen die Beschäftigung voraussichtlich konstant bleibt. Damit die Konjunktur wieder anzieht, müssen die Energiekosten auf ein erträgliches Niveau sinken, sagt IW-Direktor Michael Hüther im iwd-Interview. Dazu bräuchte es übergangsweise auch das Gas-Fracking und verlängerte Laufzeiten für Atomkraftwerke. —> [Seiten 2-5](#)

Digitalisierungsindex

Die deutsche Wirtschaft hatte 2022 mit mehreren Krisen zu kämpfen. Dies hatte offenbar zur Folge, dass die Digitalisierung kaum weiter vorangetrieben wurde.

—> [Seiten 6-7](#)

Rente

Von der „Rente mit 63“ machte zuletzt gut ein Viertel der Neu-Ruheständler Gebrauch. Überdurchschnittlich hoch war der Anteil bei jenen mit mittleren Einkommen.

—> [Seite 12](#)



Rezession erwartet

IW-Verbandsumfrage. Die angespannte geopolitische Lage und konjunkturelle Probleme auf wichtigen Exportmärkten lassen die Mehrheit der deutschen Wirtschaftsverbände pessimistisch auf das Jahr 2023 blicken. Immerhin rechnen die Verbände nicht mit einem Investitionseinbruch und auch die Aussichten für den Arbeitsmarkt sind relativ stabil.

Der russische Krieg gegen die Ukraine hat die Welt erschüttert und die Konjunktur auch in Deutschland auf Talfahrt geschickt. Kein Wunder also, dass die vom IW von Ende November bis Anfang Dezember befragten Verbände ihre Lage überwiegend schlechter beurteilen als vor einem Jahr (Grafik):

In 39 Wirtschaftszweigen hat sich die Stimmung gegenüber dem Jahreswechsel 2021/2022 eingetrübt, nur fünf sprechen von einer besseren Geschäftssituation.

Der Blick nach vorn fällt kaum erfreulicher aus, auch wenn eine Gasmangellage für den laufenden Winter mittlerweile als unwahrscheinlich gilt und die Bundesregierung unter anderem mit der Gas- und Strompreibremse die Unternehmen und Verbraucher entlastet. Doch ein Ende des Ukraine-Kriegs ist nicht absehbar und die schwache Konjunktur in China und den USA trübt die Aussichten für die deutsche Exportwirtschaft.

Vor diesem Hintergrund geht das IW derzeit davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 real um $\frac{3}{4}$ Prozent schrumpfen wird.

Diese Rezession haben offenbar auch die Verbände im Blick:

Insgesamt 30 Verbände rechnen für 2023 mit einer geringeren Produktion beziehungsweise niedrigeren Umsätzen als im vergangenen Jahr – lediglich 13 Branchen erwarten leichte Zuwächse.

Pessimistisch ist ein Großteil der Industrie sowie die Bauwirtschaft, zuversichtlich zeigen sich dagegen das Gastgewerbe und der Tourismus, wo der Nachholbedarf nach den harten Coronajahren besonders ausgeprägt ist.

Die Investitionen dürften sich der Verbandsumfrage zufolge im Jahr 2023 eher schwach entwickeln, wenn auch kein dramatischer Einbruch zu erwarten ist. Immerhin 22 Verbände gehen von einer konstanten Investitionstätigkeit aus, während 17 ein Minus auf der Rechnung haben. Dies gilt unter anderem für die Sparten der Metallindustrie, die Chemie- und Pharmabranche sowie den gesamten Bausektor.

Trotz der trüben Produktionsperspektiven halten vor allem in der Industrie viele Firmen angesichts der Fachkräfteengpässe auch in Krisenzeiten an ihren Mitarbeitern fest. In 23 Wirtschaftszweigen ist eine stabile Beschäftigung wahrscheinlich, in neun Branchen werden die Unternehmen voraussichtlich sogar zusätzliches Personal einstellen. 16 Verbände erwarten allerdings Arbeitsplatzverluste.

IW-Report 69/2022

Michael Grömling: Signal für Rezession – Ergebnisse der IW-Verbandsumfrage 2022
iwkoeln.de/verbandsumfrage_2023

IW-Verbandsumfrage für 2023

Ergebnisse der Befragung von
49 deutschen Wirtschaftsverbänden

Wirtschaftszweig

1. Bergbau
2. Energie- und Wasserwirtschaft
3. Mineralölverarbeitung
4. Steine- und Erden-Industrie
5. Eisen- und Stahlindustrie
6. NE-Metallindustrie
7. Gießereien
8. Chemische Industrie
9. Forschende Pharmaunternehmen
10. Gummiverarbeitung
11. Stahl- und Metallverarbeitung
12. Maschinen- und Anlagenbau
13. Automobilindustrie
14. Luft- und Raumfahrzeugbau
15. Schiffbau und Meerestechnik
16. Elektroindustrie
17. Feinmechanik und Optik
18. Keramische Industrie
19. Glasindustrie
20. Holzverarbeitung
21. Kunststoffverarbeitung
22. Papierverarbeitung
23. Papierfabriken
24. Lederindustrie
25. Druckindustrie
26. Textil- und Modeindustrie
27. Ernährungsindustrie
28. Landwirtschaft
29. Bauindustrie
30. Baugewerbe
31. Handwerk
32. Entsorgungswirtschaft
33. Groß- und Außenhandel
34. Einzelhandel
35. Speditionen
36. Banken
37. Sparkassen
38. Volksbanken
39. Investment
40. Leasing
41. Versicherungswirtschaft
42. Gastgewerbe
43. Zeitschriftenverlage
44. Tourismus
45. Informationswirtschaft
46. Messewirtschaft
47. Werbewirtschaft
48. Immobilien
49. Privater Rundfunk und Telemedien

Insgesamt

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

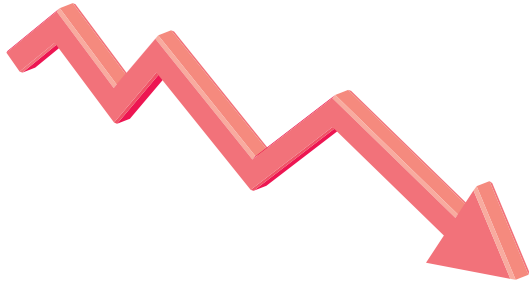
1. Wie ist nach Ihrer Einschätzung die allgemeine **Stimmungslage** in den Unternehmen Ihres Wirtschaftszweigs gegenüber dem Jahreswechsel 2021/2022?

2. Welches **Produktionsergebnis** (gegebenenfalls preisbereinigtes Umsatzbeziehungsweise Geschäftsergebnis) erwartet Ihr Wirtschaftszweig für 2023 im Vergleich zu 2022?

3. Wie werden sich die **Investitionen** 2023 im Vergleich zu 2022 in Ihrem Wirtschaftszweig entwickeln?

4. Wie wird sich die Zahl der **Beschäftigten** 2023 im Vergleich zu 2022 in Ihrem Wirtschaftszweig entwickeln?

1. Stimmungslage			2. Produktionsergebnis					3. Investitionen			4. Beschäftigten		
besser	genauso	schlechter	wesentl. höher	etwas höher	gleichbleibend	etwas niedriger	wesentl. niedriger	mehr werden	gleich bleiben	weniger werden	mehr werden	gleich bleiben	weniger werden
		-				-	--	+	○			○	
		-					--					○	
		-				-	--		k.A.			○	
		-					--			-			-
		-				-	--		k.A.			k.A.	
		-			○					-		○	
		-					--			-		○	-
		-				-				-			-
		-				-			○	-			-
		-				-				-			-
		-				-		+				○	
+	○			+				+	○			○	
	k.A.			+				+			+		
		-				-			○			○	
		-			○				○		+		
		-				-			○	-		○	
		-		+					○			○	
+		-		+		-			○	-			-
	○				○			+	○			○	
		-				-	--			-			-
		-				-			○		+		-
		-				-			○	-		○	-
		-				-	--			-		○	-
		-				-			○	-	+	○	-
	○					-			○			○	
		-		+		-		+	○			○	-
		-		+		-			○			○	-
		-		+					○			○	-
		-		+					○			○	-
+		-		+					○		+	○	
+		-		+		-			○		+	○	
+		-		+				+	○		+	○	
		-		+			--		○	-		○	
		-			○				○			○	
5	4	39	0	13	5	22	8	8	22	17	9	23	16



Interview. Die Energiekrise belastet fast alle Unternehmen und Verbraucher in Deutschland. Deshalb sind umfangreiche Entlastungsmaßnahmen wie die Gaspreisbremse durchaus angebracht, findet IW-Direktor **Michael Hüther**. Um die Energieversorgung in Deutschland zu sichern, sollten auch die verbliebenen Atomkraftwerke weiterlaufen sowie das Gas-Fracking vorangetrieben werden.



Foto: Institut der deutschen Wirtschaft

„Wir brauchen auf mittlere Sicht wieder erträgliche Energiekosten“

Was ist mit Blick auf den Krieg in der Ukraine für Sie die wichtigste Erkenntnis der vergangenen Monate?

Es gibt zwei: Zum einen, dass man sich auf alles einstellen muss, auch auf das denkbar Schlechteste. Die zweite Erkenntnis lautet, dass man erst dann genau sieht, was so ein Ereignis für eine Volkswirtschaft bedeutet, wenn sich der Nebel ein bisschen verzogen hat – nämlich, dass mit diesem Krieg eine Energiekrise verbunden ist. Aber die Unternehmen haben damit bisher ganz passabel umgehen können.

Eine Lehre aus den Konflikten mit Russland und China ist, dass die deutsche Wirtschaft ihre Lieferketten generell stärker diversifizieren muss. Doch das Gegenteil passiert: Die deutschen Importe aus China erreichen dieses Jahr einen neuen Rekordwert.

Zunächst einmal ist das ein unternehmerisches Risiko, wo ein Betrieb einkauft. Und aus guten Gründen gehen Unternehmen in Märkte, die dynamisch sind. Ein volkswirtschaftliches Problem entsteht allerdings, wenn die Akteure in der Summe Fehlanreize verspüren,

also die Risiken nicht sehen, die sie damit eingehen. Dazu kann auch die Politik selbst beitragen: Indem sie Bürgschaften und Garantien ausspricht für Kredite oder Investitionen, die man dort tätigt. Das wird nun seitens der Bundesregierung neu justiert. Im Übrigen gilt: China ist bei allen Unterschieden zwischen ländlichen Regionen und denen an der Küste kein Entwicklungsland mehr.

Diversifizierung in der Beschaffung ist letztlich eine Aufgabe, die jedes Unternehmen für sich betreiben muss. Eine Ausnahme bilden kritische

Ressourcen wie Medizinprodukte. Hier muss die Politik darauf achten, dass ein Staat nicht zu abhängig von einem einzelnen Lieferland wird.

Haben die heimischen Betriebe, was den Bezug kritischer Rohstoffe und Ressourcen angeht, ausreichend diversifiziert?

Die Pandemie hat uns gezeigt, dass kritische Produkte wie Masken recht schnell auch am Standort Deutschland produziert werden können, wenn es nötig ist. Anders sieht es bei kritischen Inhaltsstoffen in der medizinischen Herstellung aus. Wenn einzelne Medikamente mit kritischen Inhaltsstoffen nur noch an wenigen Standorten in der Welt produziert werden, muss man schon fragen, warum diese Bestandteile nicht mehr im Inland hergestellt werden.

Die Wirtschaftsverbände blicken – wenig erstaunlich – überwiegend pessimistisch auf das neue Jahr. Gibt es dennoch ein Ergebnis der IW-Verbandsumfrage, das Sie überrascht hat?

Nicht wirklich. Die Lage ist schlechter als vor zwölf Monaten, das sehen von 49 immerhin 39 Branchen so. Das ist auch plausibel: Vor einem Jahr hatten wir eine relativ große Euphorie, der Blick ins Jahr 2022 war hoffnungsvoll. Man ging von einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 4 Prozent aus und alle Unternehmen erwarteten, dass es große coronabedingte Nachhol- und Aufholeffekte geben würde.

Wenn man in die aktuelle Verbandsumfrage schaut, fällt vor allem das Kapitel Investitionen auf. Denn tatsächlich haben sich die Investitionserwartungen im Vergleich zur Vorjahresbefragung kaum verschlechtert, immerhin acht Verbände sagen sogar, dass sie 2023 mehr investieren wollen als 2022. Die Investitionen sind zwar in vielen

Bereichen rückläufig, aber dafür gibt es Gründe: etwa weil der Markt neu eingeschätzt werden muss. Ich glaube, dass 2023 bei vielen Unternehmen ein Jahr ist, in dem Investitionen pausieren.

Welche Folgen hat dieser Trend langfristig für die deutsche Volkswirtschaft?

Es gibt natürlich Anreize für energieintensive Unternehmen, an Standorten zu investieren, wo die Energiekosten nachhaltig geringer sind. Die zentrale Frage lautet deshalb: Schaffen wir es, auf mittlere Sicht wieder erträgliche Energiekosten zu haben? Dann rückt auch der Standort Deutschland wieder nach vorne, wobei das nicht vor 2024 der Fall sein dürfte.

Obwohl die Verbände überwiegend von Produktionsrückgängen im Jahr 2023 ausgehen, erwartet kaum eine Branche massive Arbeitsplatzverluste. Wie sehen die Erwartungen im Detail aus?

Es gibt Bereiche wie die der Banken, Sparkassen und Volksbanken, die schon länger Personal abbauen aufgrund des Strukturwandels innerhalb der Branche. Dann gibt es Branchen, die das eigentlich nötige Personal schlicht nicht bekommen – hier werden vakante Stellen aufgrund des Fachkräftemangels einfach nicht besetzt, beispielsweise in Teilen des Handwerks und in einzelnen Baugewerbebereichen. Hinzu kommen Beschäftigungsrückgänge in Branchen, in denen es konjunkturell nicht gut läuft. Unterm Strich zeigt sich die Beschäftigung in der aktuellen Verbandsumfrage trotzdem vergleichsweise robust, zum Teil sogar robuster als während der Pandemie.

Die Bundesregierung versucht, mit zahlreichen Maßnahmen wie der Energiepreislösung oder Direktzahlungen sowohl Verbraucher als auch Unternehmen zu

entlasten. Wäre es nicht zielführender, den Markt wirken zu lassen, damit sich alle Akteure an die echten Preise anpassen?

Preissignale entfalten immer ihre Wirkung. Die Frage ist, ob sie zu einer Überforderung führen. Mit der Gas- und Strompreislösung greifen wir gar nicht direkt in den Markt ein, sondern in die Folgeeffekte von Gas- und Strompreisentwicklungen. Ziel ist es, die Kosteneffekte der Unternehmen und die Kaufkrafteffekte der privaten Haushalte aufgrund der hohen Energiepreise befristet abzufedern, nicht auf null zu setzen. Und das ist, finde ich, in dieser Situation richtig.

Statt günstigem Gas aus Russland beziehen wir nun teures Gas aus den USA und Katar. Sollte dieses Geld nicht lieber in den Ausbau der Erneuerbaren investiert werden?

Das ist so, aber das wird uns in diesem Jahr und auch 2024 nicht helfen, weil die Planungs- und Genehmigungszeiten für einen Windpark sieben Jahre betragen. Auch die nötigen Stromleitungen Richtung Süden fehlen. Hier rächen sich die Versäumnisse aus der Vergangenheit.

Die FDP plädiert für das Fracking von Erdgas. Sollte Deutschland, das über große Schiefergasreserven verfügt, diese Fördertechnologie anwenden?

Ja, in dieser kritischen Übergangsphase finde ich es richtig, die heimischen Energieressourcen zu nutzen und auszuweiten. Das gilt auch für die Atomkraft. Wir haben insgesamt sechs funktionsfähige Atomkraftwerke – drei mobilisierbare, drei laufen noch –, die wir auch nach dem April 2023 mithilfe neuer Brennstäbe nutzen sollten. Es ist einfach günstiger, die Atomkraftwerke weiterlaufen zu lassen: Ein Meiler produziert so viel Strom wie 2.000 Windräder.

Stillstand statt Fortschritt

Digitalisierungsindex. Die deutsche Wirtschaft hatte im Jahr 2022 mit einigen Krisen zu kämpfen. So blieb anscheinend wenig Zeit, die Digitalisierung voranzutreiben – darauf lässt der Digitalisierungsindex schließen, der vom Institut der deutschen Wirtschaft 2020 mitentwickelt wurde und seitdem jährlich fortgeschrieben wird. Er zeigt, dass die meisten Branchen und Regionen digital stagnieren – es gibt aber auch Lichtblicke.

Wie gut ist die deutsche Wirtschaft in Sachen Digitalisierung aufgestellt? Um diese Frage zu

beantworten, hat das IW im Jahr 2020 gemeinsam mit weiteren Projektpartnern den Digitalisierungs-

index erarbeitet. Seine jährliche Aktualisierung ermöglicht es, die digitale Entwicklung in Deutschland zu erfassen. Für 2022 zeigt sich, dass die Digitalisierung der Wirtschaft hierzulande stagniert (Grafik):

Der deutschlandweite Wert des Digitalisierungsindex stieg gegenüber dem Vorjahr um lediglich einen Punkt auf 108,9.

Gleich vier der zehn betrachteten Kategorien büßten im Vergleich zu 2021 Punkte ein, am stärksten zurück ging der Wert in der Kategorie Innovationslandschaft. Das liegt vor allem am sinkenden Anteil digitaler Start-ups in Deutschland.

Die weiteren Ergebnisse des Digitalisierungsindex im Einzelnen:

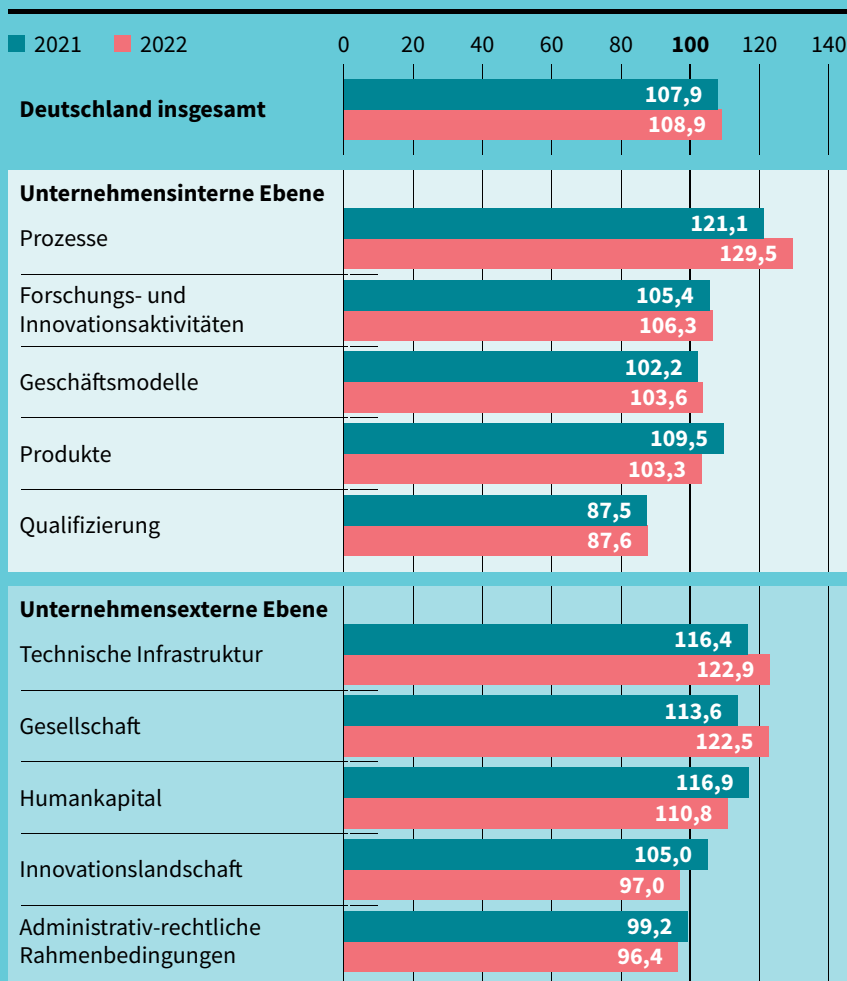
Digitalisierung nach Branchen. Innerhalb der verschiedenen Branchen zeigt sich nahezu kein Digitalisierungsfortschritt. Wie in den Vorjahren schneidet wenig überraschend jener Sektor am besten ab, zu dessen Kern digitale Produkte und Geschäftsmodelle zählen:

Mit rund 276 Indexpunkten liegt die Informations- und Kommunikationstechnologie unter den Branchen vorn.

Sie ist erneut in allen untersuchten Kategorien Spitzenreiter – mit Ausnahme der Kategorie Forschungs- und Innovationsaktivitäten, die der Fahrzeugbau mit großem Abstand für sich beansprucht. Der große Industriezweig behauptet den

Digitalisierung weiter im Schneckentempo

Digitalisierungsindex für Deutschland nach Kategorien, 2020 = 100

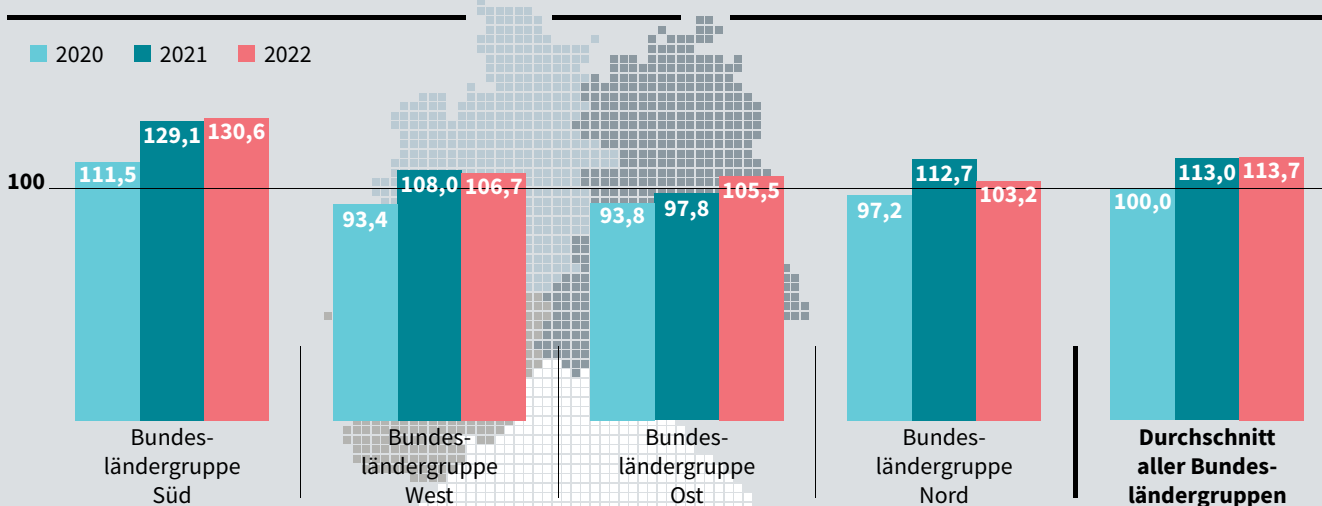


Der Index misst die Digitalisierung der deutschen Wirtschaft in den zehn Kategorien anhand von insgesamt 37 Indikatoren; Gesellschaft: z. B. genutztes Datenvolumen; Humankapital: z. B. Fachkräfte in Digitalisierungsberufen

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

Ostdeutsche Bundesländer holen digital auf

Der Digitalisierungsindex für die Bundesländergruppen misst die Digitalisierung der deutschen Wirtschaft auf der unternehmensinternen und -externen Ebene anhand von insgesamt 25 Indikatoren in zehn Kategorien, der Durchschnitt aller Bundesländergruppen wurde im Jahr 2020 auf 100 normiert



Gruppe Süd: Baden-Württemberg und Bayern; Gruppe West: Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland; Gruppe Ost: Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen; Gruppe Nord: Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein; Durchschnitt: gewichtet

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

zweiten Platz im Gesamtranking, dahinter folgen unternehmensnahe Dienstleister – das sind zum Beispiel Architektur- und Ingenieurbüros, Wirtschaftsprüfer und Unternehmensberatungen – sowie die Elektrotechnik und der Maschinenbau.

Weiterhin unterdurchschnittlich digitalisiert sind die Branchengruppen Tourismus, Handel, Verkehr und Logistik sowie das sonstige Produzierende Gewerbe und das sonstige Verarbeitende Gewerbe.

Digitalisierung nach Bundesländern. Für die Analyse nach Regionen wurden die Bundesländer in vier Gruppen eingeteilt und anhand von 25 Indikatoren bewertet. Ein deutlich sichtbarer Trend ist, dass die Regionen im Jahr 2022 enger zusammengerückt sind (Grafik):

Die ostdeutschen Bundesländer haben um rund acht Indexpunkte zugelegt und zur Gruppe Nord – Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein – sowie zur Gruppe West, gebildet aus

Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland, aufgeschlossen.

Der Zuwachs lässt sich vor allem auf die Verbesserung der digitalen Prozesse in den ostdeutschen Unternehmen sowie dem Ausbau der technischen Infrastruktur in den neuen Bundesländern zurückführen. Deutlich überdurchschnittlich digitalisiert bleibt die Bundesländergruppe Süd, zu der Baden-Württemberg und Bayern gehören.

Digitalisierung nach Regionstypen. Auf der Ebene der verschiedenen Regionstypen, die anhand der Siedlungsdichte gebildet werden, vergrößert sich die digitale Kluft zwischen Stadt und Land. Kernstädte wie Saarbrücken, Mainz oder Cottbus mit im Schnitt 150 Punkten sowie große Ballungsgebiete wie zum Beispiel Berlin, München und Köln mit 136 Punkten schneiden am besten ab, während die verdichteten und gering verdichteten ländlichen Räume mit 94 beziehungsweise

88 Indexpunkten zunehmend abgehängt sind.

Insgesamt unterstreichen die Ergebnisse die große Belastung der Unternehmen in Deutschland durch anhaltende Krisen wie die Coronapandemie, den Ukraine-Krieg oder die Inflation. So ist es bereits eine gute Nachricht, dass die Wirtschaft in diesem Ausnahmejahr nicht sogar Rückschritte bei der Digitalisierung gemacht hat.

Es gilt nun allerdings umso mehr, die Rahmenbedingungen für die Digitalisierung in Deutschland zu verbessern – zum Beispiel, indem der Staat die Finanzierungsmöglichkeiten für Start-ups ausbaut und die öffentliche Verwaltung konsequent, bürgernah und unternehmensfreundlich digitalisiert wird.

Gutachten

Jan Büchel, Barbara Engels: Digitalisierungsindex 2022 – Digitalisierung der Wirtschaft in Deutschland
iwkoein.de/digitalisierungsindex2022

Mehr Zeit für Freunde

Mediennutzung. Weniger im Internet surfen, mehr mit Freunden zusammen sein: Die Freizeitgestaltung von Jugendlichen hat sich teils an die Zeit vor Corona angeglichen. Doch nicht alles ist wieder beim Alten. Fake News und Hassbotschaften im Netz sind nach wie vor sehr präsent.

Junge Menschen haben im Jahr 2022 etwas weniger Zeit im Internet verbracht als im Vorjahr. Das zeigt die aktuelle JIM-Studie des Medienpädagogischen Forschungsverbunds Südwest. In Zahlen ausgedrückt (Grafik Seite 9):

Deutsche Jugendliche nutzten im vergangenen Jahr im Schnitt 204 Minuten pro Tag das Internet – 37 Minuten weniger als noch 2021.

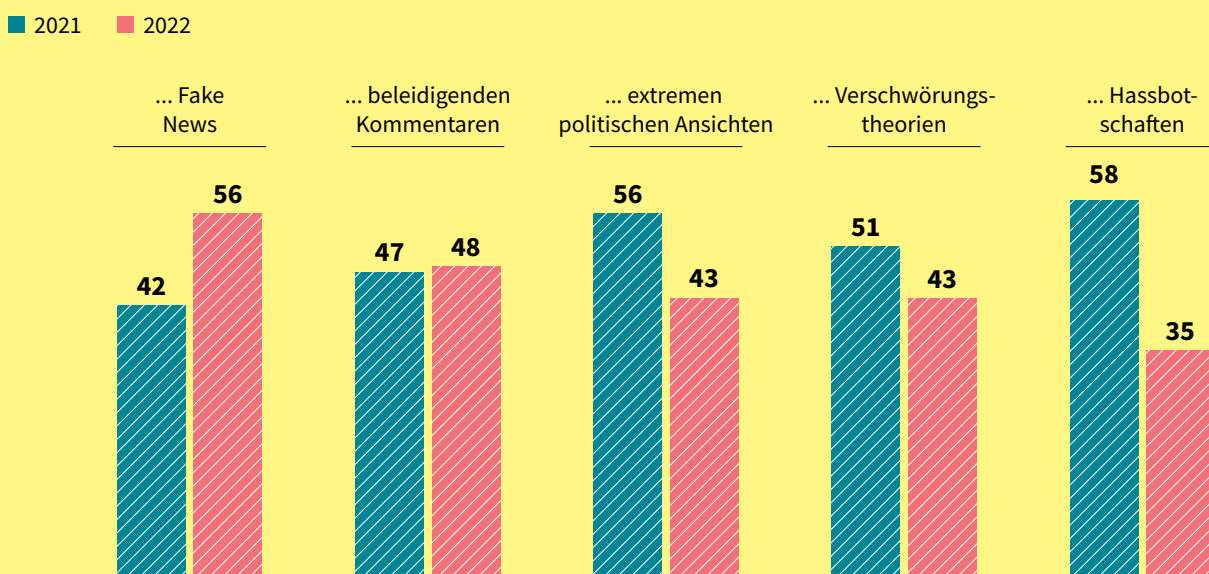
Statt auf ihrem Smartphone zu scrollen oder zu chatten, gingen die Jugendlichen wieder mehr unter Leu-

te. Drei Viertel der 1.200 befragten 12- bis 19-Jährigen gaben an, sich täglich oder mehrmals in der Woche mit Freunden zu treffen, 2021 waren es nur 63 Prozent.

Auch die Freude an der Bewegung nahm wieder zu. Während im Jahr 2021 nur knapp die Hälfte der Jugendlichen regelmäßig Sport trieb, konnten sich 2022 rund 60 Prozent dazu motivieren. Zudem wuchs die Gruppe jener, die zu einem Instrument griffen, um 3 Prozentpunkte auf 17 Prozent – 2021 war der Anteil der Musikerinnen und Musiker noch um 9 Punkte gesunken.

Fake News gehören zum digitalen Alltag

So viel Prozent der Jugendlichen sahen sich im Monat vor der Befragung mit ... im Internet konfrontiert



Repräsentative Befragung von 1.200 Bundesbürgern im Alter von 12 bis 19 Jahren im Juni und Juli 2021 und 2022

Quelle: Medienpädagogischer Forschungsverband Südwest
© 2023 IW Medien / iwd

Obwohl Jugendliche im Jahr 2022 insgesamt seltener das Internet nutzten als während der Pandemie, gewann ein digitaler Bereich weiter an Beliebtheit: das Online-Gaming.

Drei Viertel der Jugendlichen spielten 2022 regelmäßig digital – ein Anstieg um 4 Prozentpunkte im Vergleich zu 2021.

Erhöht hat sich nicht nur die Spielerzahl, auch die Dauer steigt von Jahr zu Jahr. Während Jugendliche 2019 im Schnitt noch 81 Minuten täglich zockten, waren es 2022 bereits 109 Minuten. Die beliebtesten Spiele sind nach wie vor „Minecraft“, „FIFA“ und „Fortnite“, gefolgt von „Die Sims“ und „Mario Kart“.

Konstant geblieben ist die durchschnittliche Zeit, die Jugendliche fernsehen. Mit knapp zwei Stunden pro Tag lag sie 2022 weiterhin über dem Vor-Coronaniveau. Unter Jugendlichen wird „fernsehen“ allerdings sehr weit gefasst. Bei der offenen Frage nach dem liebsten Fernsehprogramm werden immer häufiger Streamingplattformen genannt. Kein Wunder, denn 84 Prozent der Haushalte, in denen 12- bis 19-Jährige aufwachsen, hatten zum Zeitpunkt der Befragung einen Videostreamingdienst wie Netflix, Amazon Prime Video oder Disney+ abonniert. So führte Netflix im Jahr 2022 mit 15 Prozent erstmalig die Liste der liebsten TV-Sender deutscher Jugendlicher an – vor ProSieben und RTL, die jeweils 14 Prozent erreichten.

Neben der Freude an Spielen und Streaming müssen sich die Jugendlichen online allerdings auch mit problematischen Inhalten auseinandersetzen – und das mehr als je zuvor (Grafik Seite 8):

Während im Jahr 2021 etwas mehr als 40 Prozent der Jugendlichen online mit Fake News konfrontiert wurden, waren es 2022 bereits 56 Prozent.

Die JIMplus-Studie hat sich genauer mit Fake News im Alltag von Jugendlichen beschäftigt und kommt zu dem Ergebnis, dass jungen Menschen im Jahr 2022 vor allem Falschinformationen zu Corona, Personen des öffentlichen Lebens, zur Politik und zum Ukraine-Krieg begegnet sind.

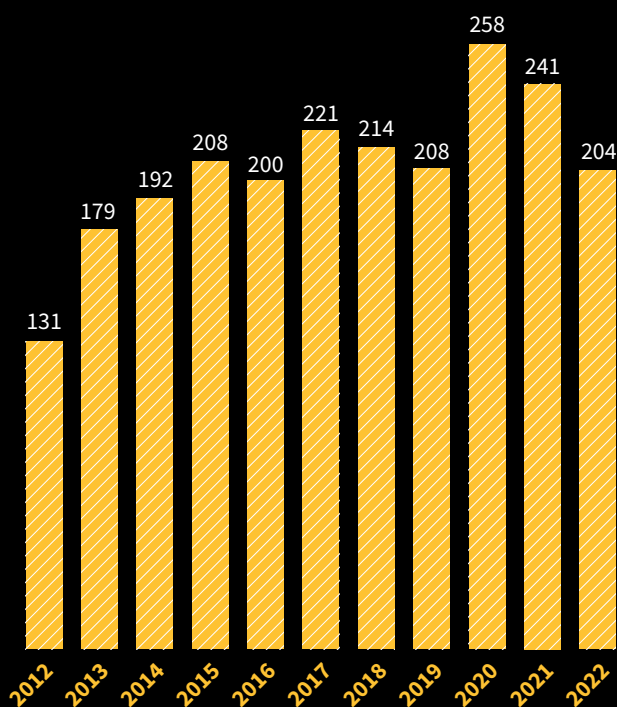
Die gute Nachricht: Neun von zehn Jugendlichen prüfen nach, wenn sie auf vermeintliche Fake News im Netz stoßen. Dabei stützen sie sich vor allem auf Berichte anderer Quellen, ihre Eltern oder die Kommentare unter dem Beitrag.

Die Studie zeigt außerdem, dass neben Fake News auch Beleidigungen im Netz für viele Jugendliche zum digitalen Alltag gehören:

Fast jedem Zweiten sind im vergangenen Jahr beleidigende Kommentare begegnet, gut ein Drittel erhielt Hassbotschaften – und das vor allem auf den

Jugend nach Pandemie wieder seltener online

So viele Minuten verbrachten Jugendliche täglich im Internet



Repräsentative Befragung von je rund 1.200 Bundesbürgern im Alter von 12 bis 19 Jahren im Juni und Juli des jeweiligen Jahres

Quelle: Medienpädagogischer Forschungsverband Südwest
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

bei Jugendlichen beliebten Plattformen Instagram, TikTok, YouTube und WhatsApp.

Knapp jeder Fünfte der 12- bis 19-Jährigen gab zu, selbst schon einmal einen abwertenden oder beleidigenden Post online abgesetzt zu haben. Inhaltlich richteten sich die Hassbotschaften nach Erfahrung der Jugendlichen besonders gegen die Sexualität von Menschen sowie gegen das äußerliche Erscheinungsbild oder die Hautfarbe. Solche Nachrichten hinterlassen Spuren: Ein Drittel der Jugendlichen traut sich aus Angst vor negativen Reaktionen nicht mehr, die eigene Meinung öffentlich zu posten.

Deshalb ist es wichtig, dass im Schulunterricht entsprechende Entwicklungen thematisiert und Schülerinnen und Schüler mit Medienkompetenzen ausgestattet werden – um zum Beispiel Fake News oder Hate-speech online richtig einordnen, diese gegebenenfalls meiden oder angemessen darauf reagieren zu können.

Selbstständigkeit fördert soziale Durchlässigkeit

Arbeitsleben. Lange galt Deutschland als weitgehend durchlässige Gesellschaft mit guten Aufstiegsmöglichkeiten. Doch eine OECD-Studie stellte Deutschland 2018 ein schlechtes Zeugnis aus. Das Problem: Die Daten bezogen sich nur auf abhängig Beschäftigte. Dabei bietet gerade die Selbstständigkeit große Möglichkeiten, wie eine aktuelle IW-Untersuchung zeigt.

Die Kinder sollen es einmal besser haben. Alle Eltern sagen diesen Satz wahrscheinlich früher oder später in ihrem Leben. Wie groß die Chancen für den Nachwuchs stehen, einen besser bezahlten Job auszuüben, hängt nicht zuletzt von den Gegebenheiten im jeweiligen Land ab. Um zu ermitteln, wie durchlässig eine Gesellschaft ist, nutzen Forscher den sogenannten intergenerationalen Elastizitätskoeffizienten. Dabei wird ein Zusammenhang zwischen den Arbeitseinkommen der Eltern und ihrer Kinder hergestellt. Der Koeffizient liegt in

aller Regel zwischen null (hohe Chancengleichheit) und eins (geringe Chancengleichheit).

In früheren Studien lag der Wert für westdeutsche Vater-Sohn-Paare in einem Bereich von 0,2 bis 0,4.

Ein Wert von 0,3 kann beispielsweise so interpretiert werden, dass 30 Prozent der Einkommensunterschiede zwischen den Vätern auf die Söhne übertragen werden.

Die OECD hat allerdings im Jahr 2018 eine Studie veröffentlicht, in der Deutschland mit einem Wert von 0,55 deutlich schlechter abschneidet. Für diesen Extremwert ist vor

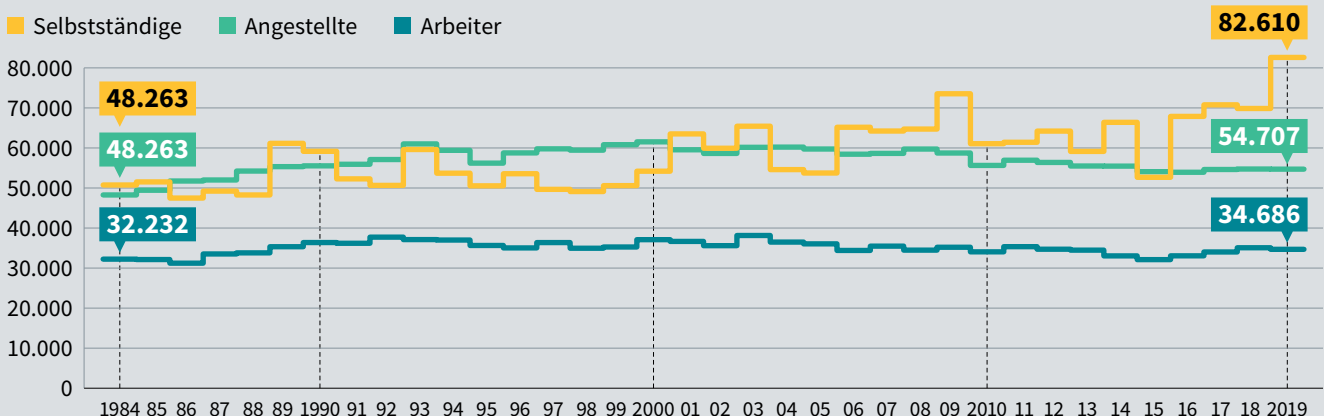
allem eine unübliche Dateneinschränkung verantwortlich. So bezieht sich die OECD-Studie lediglich auf abhängig Beschäftigte.

Daraus lässt sich bereits ableiten, dass die berufliche Selbstständigkeit eine große Rolle für die soziale Durchlässigkeit spielt. Das IW wollte es genauer wissen und hat mithilfe von Daten des Sozio-oekonomischen Panels erstmals den Einfluss der Selbstständigkeit auf die Mobilität der Arbeitseinkommen isoliert und systematisch untersucht.

Die Analyse erstreckt sich über den langen Betrachtungszeitraum

Einkommen: Selbstständige starten durch

Durchschnittliches jährliches reales Bruttoerwerbseinkommen westdeutscher Männer im Alter von 35 bis 55 Jahren in Preisen von 2015



Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

von 1984 bis 2019. Da sich die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen in dieser Zeit deutlich verändert hat, wurden sie nicht in die Auswertung einbezogen, um eine mögliche Verzerrung zu vermeiden. Genauso verhält es sich mit Arbeitnehmern in Ostdeutschland, wo sich die Arbeitsbedingungen und -einkünfte durch das Ende der DDR grundlegend verändert haben. Im Fokus stehen demnach westdeutsche Männer zwischen 35 und 55 Jahren.

Im Vergleich der Selbstständigen mit den abhängig Beschäftigten fällt zunächst auf, dass Erwerbstätige, die ihr eigener Chef sind, im Schnitt einen höheren Bildungsabschluss haben. Damit einher gehen bessere Verdienstmöglichkeiten (Grafik Seite 10):

Das inflationsbereinigte Bruttojahreseinkommen von Selbstständigen ist von 2000 bis 2019 um durchschnittlich 52 Prozent auf 82.600 Euro gestiegen.

Die Einkommen der Angestellten sanken im selben Zeitraum real um 6,5 Prozent. Für Arbeiter betrug das Minus sogar 11,1 Prozent.

In einem weiteren Schritt erstellten die IW-Forscher sechs Modellvarianten, in denen sie Schritt für Schritt die Selbstständigen aus ihrem Datensatz herausrechen. Das Ergebnis: Die Einkommensmobilität sinkt sukzessive und landet schließlich bei einem Wert von 0,54 – fast exakt der OECD-Wert.

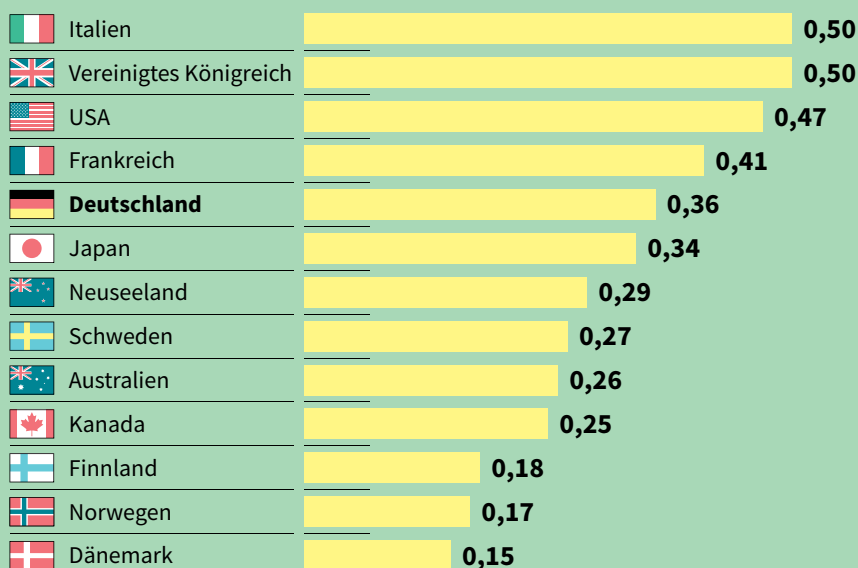
Die Selbstständigkeit hat somit erwiesenermaßen einen deutlich positiven Effekt auf die Einkommensmobilität. Die Forscher fanden zudem heraus, dass sich dieser Effekt verstärkt, wenn Väter und Söhne jeweils überwiegend unterschiedlichen Erwerbsarten nachgegangen sind.

Doch wie steht Deutschland beim Elastizitätskoeffizienten im internationalen Vergleich da? Für einen Spitzenplatz reicht es nicht (Grafik):

Einkommensmobilität: Skandinavien haben gute Voraussetzung

Intergenerationaler Elastizitätskoeffizient der Arbeitseinkommen von Vätern und Söhnen

Der intergenerationale Elastizitätskoeffizient beschreibt, wie stark das Einkommen der Kinder von dem der Eltern abhängt. Beim Wert null hat die Einkommensungleichheit in der Generation der Eltern keinen Einfluss auf die Einkommensungleichheit in der Kindergeneration; beim Wert eins geht die Einkommensungleichheit der Kinder vollständig auf die Ungleichheit bei den Eltern zurück.



Quellen: Corak (2017), Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Die besten Aufstiegsmöglichkeiten bieten mit Dänemark, Norwegen und Finnland drei nordeuropäische Länder.

Die Bundesrepublik landet im Mittelfeld, bietet aber deutlich bessere Voraussetzungen als beispielsweise Frankreich, Italien und das Vereinigte Königreich.

Das alte Credo der Vereinigten Staaten „vom Tellerwäscher zum Millionär“ scheint nicht allzu gut zu funktionieren. Auch in den USA sind die Aufstiegsmöglichkeiten eingeschränkt und deutlich schlechter als in Deutschland.

Vergleicht man die Werte der OECD-Studie mit den obigen Erkenntnissen, fällt auf, dass die Unterschiede in Deutschland besonders groß sind. Die Gruppe der

Selbstständigen hat demnach in Deutschland eine besondere Bedeutung für die Einkommensmobilität insgesamt. Das kann unter anderem damit zusammenhängen, dass die Gruppe hierzulande die freien Berufe umfasst, also auch Ärzte, Notare und Rechtsanwälte. Gleichzeitig fällt der Anteil der unterdurchschnittlich verdienenden Soloselbstständigen – also der Selbstständigen ohne eigene Angestellte – in Deutschland geringer aus als in anderen Ländern.

Aus IW-Trends 3/2022

Maximilian Stockhausen: Berufliche Selbstständigkeit: Ein wichtiger Faktor für die soziale Durchlässigkeit in Deutschland

iwkoeln.de/aufstiegschancen

Wer geht nach 45 Jahren?

Rente. Seit 2014 gibt es in Deutschland die Möglichkeit, zwei Jahre vor der Regelaltersgrenze abschlagsfrei in Rente zu gehen, wenn eine Versicherungszeit von 45 Jahren erreicht wurde. Von dieser Möglichkeit machte zuletzt gut ein Viertel der Neurentner Gebrauch. Wer genau den Arbeitsmarkt vorzeitig verlässt, hat nun das IW untersucht.

Im Juli 2014 führte die Große Koalition die abschlagsfreie „Rente mit 63“ ein: Wer 45 Jahre lang versichert

war, darf zwei Jahre früher in den Ruhestand bei vollen Bezügen. Das Modell wird inzwischen von vielen Menschen genutzt:

Im Jahr 2021 gingen gut 26 Prozent aller Neurentner abschlagsfrei vorzeitig in Rente.

Doch wer verlässt vorzeitig den Arbeitsmarkt? Das IW ist der Frage anhand von Daten des Sozio-oekonomischen Panels und der Deutschen Rentenversicherung nachgegangen. Dafür betrachteten die Forscher die Einkommen von 1.001 Personen, die sich zwischen 2014 und 2020 zur Ruhe gesetzt haben, und teilten sie in fünf gleich große Gruppen ein. Das Ergebnis (Grafik):

Während nur 5 Prozent der Personen, welche nach Renteneintritt in das unterste Einkommensfünftel fallen, vorzeitig abschlagsfrei in Rente gehen, sind es im mittleren Einkommensfünftel 36 Prozent.

Im untersten Einkommensfünftel kommen die Rentner im Schnitt allerdings auch nur auf 33 Versicherungsjahre, was ein möglicher Grund dafür ist, warum sie seltener die abschlagsfreie „Rente mit 63“ nutzen. Bei den oberen drei Fünfteln beträgt die durchschnittliche Versicherungszeit zwischen 38 und 40 Jahren. Es liegt nahe, dass die Personen im untersten Einkommensfünftel zudem keine ausreichenden Rentenansprüche erworben haben, um vorzeitig abschlagsfrei in Rente zu gehen.

Interessant ist außerdem: In den beiden obersten Einkommensgruppen sinkt die Zahl der abschlagsfreien Renteneintritte im Vergleich zur mittleren Gruppe wieder. Gerade in den oberen Einkommensfünfteln ist das ein Hinweis darauf, dass Personen sich trotz Anspruch auf vorzeitigem abschlagsfreien Renteneintritt dafür entscheiden, bis zur Regelaltersgrenze weiterzuarbeiten.

Ein weiterer überraschender Befund: Personen, die ihren Gesundheitszustand nach Renteneintritt als weniger gut oder schlecht einschätzen, nehmen seltener die Option der „Rente mit 63“ in Anspruch.

Dagegen zeigt die Analyse der sozialen Parameter angesichts der Strukturen auf dem Arbeitsmarkt und der typischen Erwerbsbiografien ein vorhersehbares Bild:

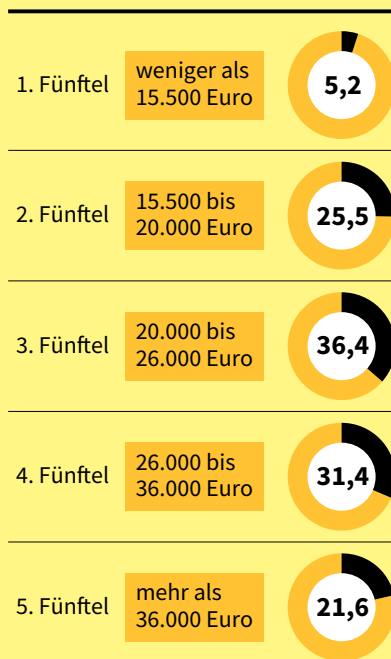
Ein Anrecht auf die abschlagsfreie „Rente mit 63“ haben vor allem Männer, Ostdeutsche und Personen ohne akademischen Abschluss.

Auf jeden Fall sollten die Erkenntnisse der Studie weiter vertieft werden. Denn aufgrund des Fachkräftemangels in Deutschland haben ältere Beschäftigte eine große Bedeutung für den deutschen Arbeitsmarkt.

Abschlagsfreie Rente: Bei mittleren Einkommen beliebt

So viel Prozent der Altersrentner mit diesen Haushaltsnettoeinkommen gingen nach 45 Rentenbeitragsjahren vorzeitig in den Ruhestand

Lesebeispiel: Von den 20 Prozent der Altersrentner mit dem niedrigsten Haushaltsnettoeinkommen – weniger als 15.500 Euro pro Jahr – gingen 5,2 Prozent nach 45 Rentenbeitragsjahren vorzeitig in den Ruhestand



Haushaltsnettoeinkommen: bedarfsgewichtet; Betrachtung von 1.001 Altersrentnern von 2014 bis 2020

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Rentenbestand der Deutschen Rentenversicherung 2020

© 2023 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 98/2022

Ruth Schüler: „Rente mit 63“: Wer geht abschlagsfrei vorzeitig in den Ruhestand? [iwkoeln.de/rente-mit-63](https://www.iwkoeln.de/rente-mit-63)

Wo die Zukunft schon heute gemacht wird

Innovationsindex. Deutschland ist für den Weg in die Wirtschaft von morgen weitgehend gut gerüstet. Das zeigt der vom IW mitkonzipierte transatlantische Innovationsindex. Im Vergleich von insgesamt 96 Regionen in Italien, Kanada, den USA und Deutschland belegen gleich sechs Bundesländer einen Platz in den Top Ten. Eine Region schafft sogar den Sprung aufs Treppchen.

Forschen, tüfteln, ausprobieren: Um die Wirtschaft in einer Region nach vorn zu bringen, müssen Unternehmen immer wieder neue Produkte und Prozesse entwickeln. Inwieweit ihnen das gelingt, hängt auch davon ab, ob die Politik den Innovationen den Weg bereitet. Nur mit den richtigen Rahmenbedingungen kann eine Volkswirtschaft im globalen Forschungs- und Innovationswettbewerb mithalten.

Viele Regierungen auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene haben das erkannt und entsprechende Strategien erarbeitet. In Deutschland wurde in diesem Kontext zum Beispiel bereits vor gut zehn Jahren das Projekt „Industrie 4.0“ ins Leben gerufen.

Doch wie erfolgreich sind solche Strategien? Und wo steht Deutschland im internationalen Innovationswettbewerb? Antworten auf diese Fragen gibt der unter anderem vom IW erstellte transatlantische Innovationsindex. Verglichen werden Regionen in Italien, Kanada, den USA und Deutschland. Diese Länder kommen zusammen zwar „nur“ auf gut 500 Millionen Einwohner – bei weltweit etwa acht Milliarden Menschen. Sie stellen jedoch rund ein Drittel der globalen Wirtschafts-

leistung, was dem Index eine starke Relevanz verleiht.

Über alle 13 analysierten Indikatoren hinweg zeigt sich, dass Deutschland mit guten Innovationsbedingungen punkten kann (Grafik Seite 14):

Im Gesamtranking des transatlantischen Innovationsindex platzieren sich sechs Bundesländer unter den besten zehn – Baden-Württemberg schafft es mit 85 von 100 möglichen Punkten sogar auf den Bronzerang.

Vor dem Südwesten Deutschlands liegen mit Massachusetts und Kalifornien lediglich zwei Bundesstaaten der USA.

Zugleich zählt kein deutsches Bundesland zu den Schlusslichtern des Rankings von insgesamt 96 Regionen, am schlechtesten schneiden Brandenburg und Sachsen-Anhalt auf den Rängen 62 und 65 ab.

Der Index verdeutlicht damit zudem, dass nicht nur zwischen den verglichenen Staaten erhebliche Unterschiede in Sachen Innovationsperformance bestehen, auch innerhalb der Länder ist das Gefälle beachtlich. Dies gilt vor allem für die USA, die neben dem Spitzenreiter des Gesamtrankings ebenso den Letztplatzierten, Mississippi, stellen.

Die deutschen Bundesländer schneiden auch in den drei Unterkategorien des Index überdurchschnittlich gut ab, die Stärken und Schwächen variieren jedoch:

- **Wissensbasis.** Hier geht es unter anderem um das Qualifikationsniveau der Erwerbsbevölkerung und den Anteil von Wissenschaftlern und Technikexperten an allen Beschäftigten. In dieser Kategorie sticht Deutschland in mehrfacher Hinsicht hervor (Grafik Seite 15):

Berlin erreicht mit gut 95 Punkten den höchsten Wert aller Regionen – und selbst das deutsche Schlusslicht, Sachsen-Anhalt, liegt mit fast 30 Punkten weit vor den am schlechtesten platzierten Regionen der anderen drei Vergleichsländer.

Hamburg schafft es in dieser Kategorie zudem auf Rang zwei.

Besonders gut schneidet Deutschland beim Anteil der wissenschaftlich-technischen Beschäftigten ab, Berlin landet sogar bei fast allen Indikatoren in dieser Kategorie in den Top Fünf – außer bei der Produktivität der Industriebeschäftigten, wo es nur für einen Mittelfeldplatz reicht.

• **Globalisierung.** Diese Kategorie erfasst mittels der Direktinvestitionszuflüsse und der Hightech-Exporte, wie gut die einzelnen Regionen die internationale Arbeitsteilung für sich nutzen.

Vor allem die exportstarken Unternehmen hierzulande tragen dazu bei, dass mit Bayern, Baden-Württemberg und Hessen gleich drei Bundesländer in puncto Globalisierung unter den besten fünf Regionen landen.

Nur die italienische Region Lombardei verhindert, dass Deutschland auch in dieser Kategorie den Sieg davonträgt. Über alle Regionen hinweg schneidet Deutschland zudem klar besser ab als die drei Vergleichsländer.

• **Innovationskapazität.** In dieser Kategorie geht es um Indikatoren, die Innovationsaktivitäten und -erfolg messen, wie beispielsweise Forschungs- und Entwicklungsausgaben sowie Patentanmeldungen.

Und erneut sind die Ergebnisse für Deutschland erfreulich:

Mit gut 95 Punkten erobert Baden-Württemberg die Spitzenposition, unter anderem aufgrund des höchsten Forschungspersonalanteils und der zweithöchsten Zahl an Patentanmeldungen je eine Million Einwohner.

Hinter den drei US-Staaten Massachusetts, Washington und Kalifornien schafft es Berlin auf Platz fünf. Auch in dieser Kategorie sind

Transatlantischer Innovationsindex: Deutsche Bundesländer im Spitzenfeld

Der vom IW miterstellte Index misst die Innovationsstärke von zehn Provinzen (Kanada), 16 Bundesländern (Deutschland), 20 Regionen (Italien) und 50 Bundesstaaten (USA) anhand von insgesamt 13 Indikatoren in den Kategorien Wissensbasis, Globalisierung und Innovationskapazität auf einer Skala von 0 bis 100 Punkten

Soviele Punkte haben die am besten beziehungsweise schlechtesten platzierten Gebiete erreicht

Rangplatz in den Kategorien ▶			Wissensbasis	Globalisierung	Innovationskapazität	
1	Massachusetts	USA	95,1	3	12	2
2	Kalifornien	USA	86,9	6	42	4
3	Baden-Württemberg	D	84,9	19	4	1
4	Berlin	D	80,3	1	46	5
5	Washington	USA	80,1	14	68	3
6	Hamburg	D	73,5	2	13	10
7	Bayern	D	71,6	20	2	6
8	Hessen	D	66,1	15	5	8
9	Maryland	USA	62,8	5	64	12
10	Bremen	D	58,9	10	47	11
...						
87	Saskatchewan	CAN	12,8	62	92	89
88	Sardinien	I	12,2	89	90	66
89	South Dakota	USA	11,9	88	45	92
90	Alaska	USA	11,6	82	73	94
91	Arkansas	USA	9,0	86	71	91
92	Apulien	I	8,6	93	88	77
93	West Virginia	USA	8,2	83	29	96
94	Sizilien	I	7,0	96	89	81
95	Kalabrien	I	5,8	95	96	82
96	Mississippi	USA	4,9	94	56	93

Indikatoren Wissensbasis (Gewichtung insgesamt 33 Prozent): Akademikeranteil an der Bevölkerung, Anteil der Zuwanderer mit akademischer Ausbildung, Anteil der wissenschaftlich-technischen Fachkräfte an allen Beschäftigten, Bruttowertschöpfung je Arbeitnehmer in der Industrie

Indikatoren Globalisierung (Gewichtung insgesamt 13 Prozent): Anteil Hightech-Exporte am Bruttoinlandsprodukt (BIP), Anteil Direktinvestitionszuflüsse am BIP

Indikatoren Innovationskapazität (Gewichtung insgesamt 54 Prozent): Anteil der Haushalte mit Breitband-Internet, Anteil Forschungs- und Entwicklungsausgaben am BIP, Anteil Forschungspersonal an allen Beschäftigten, Patentanmeldungen je eine Million Einwohner, Unternehmensgründungen, CO₂-Intensität der Wirtschaftsleistung, Anteil Wagniskapital am BIP

Quelle: Information Technology and Innovation Foundation / Institute for Competitiveness / Macdonald-Laurier Institute / Institut der deutschen Wirtschaft, auf Basis von Daten der OECD und nationaler Statistiken

© 2023 IW Medien / iwd

die Ergebnisse für die deutschen Regionen bei keinem Indikator besonders schlecht.

Also alles eitel Sonnenschein am Innovationsstandort Deutschland? Nicht ganz, die Autoren des Innovationsindex sehen durchaus einigen Handlungsbedarf. Ein wichtiger Punkt ist die Fachkräftesicherung, die schon in der Schule ansetzen muss. Um den Nachwuchs besser ausbilden zu können, ist die digitale Infrastruktur weiter auszubauen.

Außerdem sollten MINT-Fächer – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – während der gesamten Bildungslaufbahn ein größeres Gewicht erhalten. Doch selbst wenn all dies Früchte trägt, braucht Deutschland mehr qualifizierte Zuwanderer, deren Zuzug durch den Abbau bürokratischer Hürden vereinfacht werden muss (siehe iwd 20/2022).

Nicht zuletzt sollte die Politik mehr in die Forschung an Universitä-

ten und ähnlichen Einrichtungen investieren. Zudem gilt es, den Transfer der dort entwickelten Innovationen in die Industrie stärker zu fördern und so den Nachholbedarf Deutschlands zum Beispiel im Bereich der künstlichen Intelligenz zu verringern.

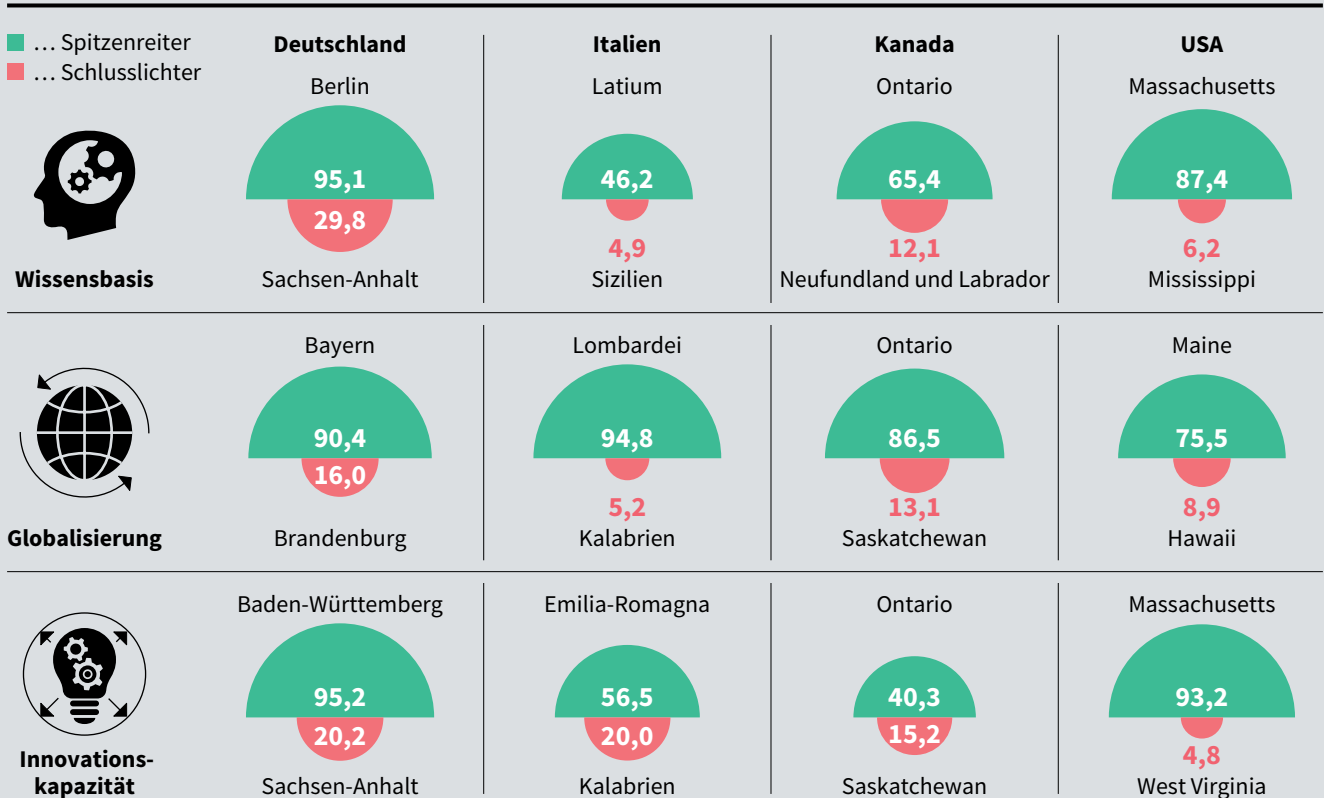
Gutachten

Axel Plünnecke et al.: The Transatlantic Sub-national Innovation Competitiveness Index iwkoeln.de/transatlantic_innovation

Transatlantischer Innovationsindex: Das Spektrum in den einzelnen Kategorien

Der vom IW miterstellte Index misst die Innovationsstärke von zehn Provinzen (Kanada), 16 Bundesländern (Deutschland), 20 Regionen (Italien) und 50 Bundesstaaten (USA) anhand von insgesamt 13 Indikatoren in den Kategorien Wissensbasis, Globalisierung und Innovationskapazität auf einer Skala von 0 bis 100 Punkten

So viele Punkte haben die ... in den einzelnen Kategorien erreicht



Quelle: Information Technology and Innovation Foundation / Institute for Competitiveness / Macdonald-Laurier Institute / Institut der deutschen Wirtschaft, auf Basis von Daten der OECD und nationaler Statistiken © 2023 IW Medien / iwd



Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,19/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ensberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datschutz-iwd@iwmedien.de.



Zahl der Woche


Rund 23,4 Millionen

Menschen waren im Jahr 2022 in Deutschland Mitglied in einem Sportverein. Besonders zu Jahresbeginn – die guten Vorsätze lassen grüßen – schießen die Anmeldungen oft in die Höhe. Aber auch nach populären Sportevents haben die jeweiligen Sportarten oft großen Zulauf. Ob die viel kritisierte Fußballweltmeisterschaft in Katar einen solchen Anmeldeboom freisetzt, ist fraglich. Die Sportvereine hoffen allgemein darauf, dass die Beitrittszahlen nach einem coronabedingten Einbruch – 2021 verloren sie rund 855.000 Mitglieder – wieder steigen. Im Jahr 2022 zeigte sich mit rund 38.000 mehr An- als Abmeldungen zumindest ein leichter Aufwärtstrend. Die beliebteste Sportart in Deutschland ist Fußball. Rund 7,2 Millionen Menschen kicken 2022 in den Klubs der Bundesrepublik. Hinsichtlich der Mitgliederzahlen halbwegs mithalten können nur noch die Turnvereine, in denen gut 4,6 Millionen Menschen Sport treiben. Auf den Rängen drei bis fünf folgen Tennisklubs sowie Alpen- und Schützenvereine mit jeweils zwischen knapp 1,4 und 1,5 Millionen Mitgliedern.

Top-Liste: Study abroad

Mehr als 138.000 deutsche Studenten, das entspricht einem Anteil von rund 5 Prozent, strebten 2019 ihren Hochschulabschluss im Ausland an. Die Rate sinkt leicht seit 2011, dem ersten Jahr nach der kompletten Umstellung auf das neue, gestufte Studiensystem mit Bachelor- und Masterstudium. Von 2002 bis 2010 – also während der Einführung – stieg der Anteil der deutschen Auslandsstudenten von 3,3 Prozent auf 5,6 Prozent. Der Deutsche Akademische Austauschdienst erklärt sich diesen Mobilitätsimpuls damit, dass das neue Studiensystem erstmals die Option eröffnete, nach einem Bachelorstudium im Inland ein Masterstudium im Ausland anzuschließen. Besonders gefragt waren zuletzt die Nachbarländer Österreich und die Niederlande. Im Vereinigten Königreich dagegen ging die Zahl der Studenten aus Deutschland zwischen 2016 und 2019 um 10 Prozent zurück – Grund dafür sind vor allem die mit dem Brexit einhergehenden hohen Studiengebühren auf der Insel für Hochschüler aus der EU.

Zum Studium ins Ausland: Die Top 15

So viele Deutsche studierten im Jahr 2019 im Ausland

Österreich	30.231	Ungarn	3.447
Niederlande	22.439	Dänemark	2.980
Vereinigtes Königreich	14.145	Schweden	2.011
Schweiz	11.536	Spanien	1.965
USA	9.242	Portugal	1.771
China	8.079	Polen	1.653
Frankreich	4.715	Rumänien	1.605
Türkei	4.022	...	
Insgesamt		138.300	

Deutsche Studenten im Ausland: überwiegend solche, die einen Abschluss im Ausland anstreben
 Quellen: Deutscher Akademischer Austauschdienst, Statistisches Bundesamt
 © 2023 IW Medien / iwd



Der iwd-Newsletter

Jetzt für unseren überarbeiteten Newsletter anmelden und jede Woche die neuesten iwd-Artikel im Überblick erhalten!



iwd.de/newsletter